

Hauseigentümergebiet fordert Biogas für abgehangene Quartiere

Heizen Sollten Quartiere, denen der Gashahn zugezogen wird, doch noch hoffen können? Der Hauseigentümergebiet plädiert dafür, dass die Stadt Alternativen prüft.

Till Hirsekorn

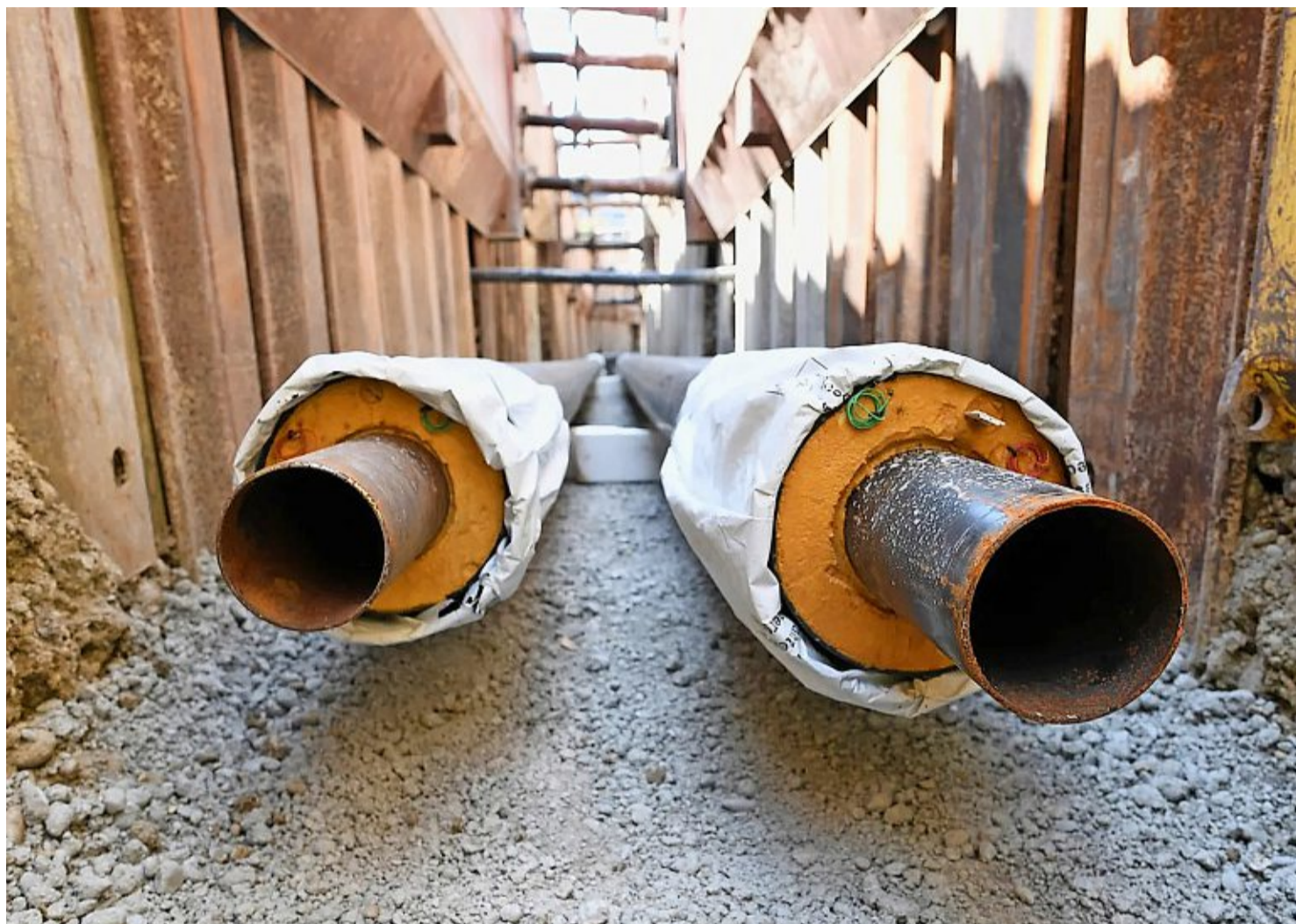
Der Hauseigentümergebiet Region Winterthur (HEV) fordert in einer Medienmitteilung einen «Fernwärmeanschluss für alle Winterthurer Quartiere». Wo dies nicht möglich sei, müsse das Gasnetz in Betrieb bleiben und mit «klimafreundlichem Biogas betrieben werden».

Gesetzlich gebe es Spielraum, und in der Stadt Zürich sei der Einsatz von Biogas für «Teile von Affoltern, Leimbach und Witikon» auch vorgesehen. Warum also keine flexibleren Ansätze in Winterthur? Zum Beispiel fürs Oberwinterthurer Birchermüesliquartier? Dieses blieb bei den grossen Ausbauplänen für das städtische Fernwärmenetz aussen vor. Der Gashahn wird dennoch zugezogen. Falsch, findet HEV-Geschäftsführer Ralph Bauert. Und auch, dass die Birchermüesli-Anwohnerinnen und Anwohner bei der Stadt «auf taube Ohren» stiessen, finde er «nicht richtig».

Wäre Biogas also der faire Kompromiss, der allem gerecht wird? Den Klimazielen der Stadt? Und ebenso den Ansprüchen der Haushalte ohne Anschluss ans Fernwärmenetz? Und hat man diesen in der Stadt Zürich bereits gefunden?

«Würde 2 bis 3 Millionen Franken kosten»

Eher nicht, wie die Stadtzürcher Energiebeauftragte Silvia Banfi Frost auf Anfrage klarstellt. In der Stadt Zürich sehe man nur «in absoluten Einzelfällen» vor, künftig noch mit erneuerbaren Brennstoffen zu heizen: «Dort, wo es definitiv keine Alternativen gibt.» Wie allenfalls im Zürcher Niederdorf. Dort wäre ein zeitnaher Ausbau der thermischen Netze «technisch sehr anspruchsvoll» geworden.



Das Heizen mit Fernwärme funktioniert als geschlossener Kreislauf: Das eine Rohr leitet das heisse Wasser von der KVA in die Haushalte, durch das andere fliesst das abgekühlte Wasser zurück. Foto: Madeleine Schoder

Ansonsten, so Banfi Frost, sei Biogas viel zu wertvoll, um es sprichwörtlich zu verheizen. Strategisch setze man daher – wie die Stadt Winterthur – stark auf den Ausbau der thermischen Netze. Bis 2040 sollen rund 60 Prozent der Stadt abgedeckt sein. Mit dem Unterschied, dass man – anders als in Winterthur – neben der Kehrlichverwertungsanlage noch zig andere

Energiequellen nutzen will: den See, die Limmat, das Grundwasser sowie die Abwärme aus der Abwasserreinigung und der Klärschlammverbrennung.

Der Winterthurer Energiestadtrat Stefan Fritschi (FDP) bleibt bei seinem Standpunkt, den er im letzten Dezember gegenüber dieser Zeitung schon vertreten hat. Es gebe bei der Wärme keine Versorgungspflicht

für Stadtwerk Winterthur. Sehr wohl aber müsse Stadtwerk eigenwirtschaftlich funktionieren. Sprich: Auch der Ausbau des Fernwärmenetzes muss sich finanziell rechnen. Das Birchermüesliquartier mit seinen rund hundert Einheiten sei zu klein für einen Anschluss. Plus: Die Verlegung der Leitungen unter der Eulach und den Bahngleisen würde einen solchen zusätzlich

verteuern, auf total 2 bis 3 Millionen Franken. «Das wäre eindeutig zu viel.» Überhaupt liessen sich das Fernwärmenetz und generell die städtischen Wärmenetze nicht beliebig ausbauen. Sondern nur so stark, dass die verfügbare Abfall- und Holzmenge ausreiche, um sie zu füttern.

Auch extra für das Birchermüesliquartier das Gasnetz weiterhin zu betreiben, wäre laut

Fritschi unverhältnismässig. Punkto Biogas habe die Stadt eine klare Strategie. Es soll künftig nur noch als sogenannte Prozessenergie in der Industrie zum Einsatz kommen. Dort, wo es sehr hohe Temperaturen brauche. Klar sei aber auch, dass Biogas um ein Vielfaches teurer sei als Alternativen dazu. Im Birchermüesliquartier wären diese: Erdsonden, Luft-Wärme-Pumpen, Pellets oder Grundwasser.

Kleinräumiges und sehr gemischtes Quartier

Dort hat man zumindest in Teilen des Quartiers eine Lösung gefunden, wie Susan Bergen sagt, die Präsidentin vom Quartierverein Stadtraim. Ein Teil der Siedlung ist nämlich so gelegen, dass diese das Grundwasser als Energiequelle nutzen können. Dort habe man sich mittlerweile zusammengetan, um gemeinsam vorwärtszumachen. Bei vielen anderen Parzellen sei die Situation vertrackter. Das Quartier sei kleinräumig und sehr gemischt. Ein heterogener Mix aus verschiedenen Lagen, Baujahren, Generationen, Eigentümern und Mietern. «Da wird es schwierig, sich zusammenzutun und gemeinsam aktiv zu werden», sagt Bergen. Den genauen Überblick habe sie auch nicht. Schliesslich seien nicht alle Betroffenen auch Mitglied im Quartierverein. «Aber das Thema wird uns weiterhin beschäftigen.»

In einem Punkt scheinen sich HEV-Geschäftsführer Ralph Bauert und Stadtrat Fritschi einig. Auch bei schutzverträglichen Häusern, wie im Birchermüesliquartier, müsse es möglich sein, das Dach mit Fotovoltaikpanels zu decken. Ohne Rekurse befürchten zu müssen und den nächsten Dämpfer zu erhalten. So, dass eine Wärmepumpe auch mit sauberem Solarstrom laufen würde.

Marktfahrer muss Preise wieder anschreiben

Gewerbe Die Verwaltungspolizei hat Landwirt Reto Meier aufgefordert, das Gemüse an seinem Stand am Wochenmarkt wieder mit Preisen anzuschreiben. An seiner Grundidee ändert das nichts.

Am Stand von Bauer Reto Meier bestimmen die Kundinnen und Kunden, was sie für Tomaten, Auberginen, Salat und Randen bezahlen wollen. Die Lebensmittel produziert Meier, der den Kulturhof in Wülflingen mit seiner Partnerin Eva Laportella betreibt, sehr arbeitsintensiv mit Demeter-Zertifizierung und nach Permakulturprinzipien.

Permakultur bedeutet unter anderem den Verzicht auf Monokulturen. Dadurch werden die Böden weniger ausgelaugt. Aus Überzeugung verwendet Meier zudem keinerlei Schädlingsbekämpfungsmittel. Das schmälert den Ertrag.

Die vergangenen drei Wochen hat der Landwirt an seinem Marktstand auf dem Wochenmarkt keine Preise angeschrieben. Eine Waage sucht man ebenfalls vergeblich. Mit seinem Experiment geht es Meier darum, sich einerseits von Diskussionen über

zu hohe Preise zu entlasten. Andererseits übt er auch Kritik am System der Geldwirtschaft. Diese mache einen grossen Teil der Menschen unglücklich.

Neu mit Preisen zur Orientierung

Gestern fielen am Stand von Reto Meier aber Preisschilder auf. Auch eine Waage ist wieder aufgestellt. Auf einer Tafel ist der Hinweis angebracht: «Preise sind verhandelbar.» Was ist geschehen? «Die Verwaltungspolizei hat mir erklärt, es sei nicht zulässig, keinerlei Preise anzuschreiben», sagt Meier. Schlimm sei das aber nicht. Er und seine Partnerin hätten ohnehin bereits entschieden, wieder Preise als Orientierungshilfe anzugeben.

Dies, nachdem der Marktstand ohne Preise für viel Gesprächsstoff gesorgt hatte. Meier bekam Zuspruch, mitunter waren Kundinnen und Kunden



Am Stand von Eva Laportella und Reto Meier sind die Preise wieder angeschrieben. Foto: Enzo Lopardo

aber auch überfordert. Ohne jedes Preisschild wussten einige nicht, wie hoch der faire Preis ist. Eine Umfrage dieser Redaktion am Wochenmarkt zeigte: Die

Kundinnen und Kunden wollten keinesfalls zu wenig bezahlen für die Lebensmittel. Ein Resultat, das auch eine nicht repräsentative Onlineumfrage bestätigte.

Von den knapp 2100 Teilnehmenden gaben 83 Prozent an, sie würden im Zweifelsfall lieber zu viel bezahlen.

Kundschaft bestimmt weiterhin

Trotz der angeschriebenen Orientierungspreise sagt Meier, er halte sicher bis Ende Jahr an seinem Experiment fest. «Die Kundinnen und Kunden bestimmen weiterhin, was sie bezahlen wollen.» Die jetzt angeschriebenen Preise würden denjenigen für Demeter-Produkte entsprechen. Und Meier räumt ein: «Permakultur bedeutet gegenüber Demeter einen grösseren Aufwand. Da wir zudem überhaupt nichts spritzen dürfen, sind die Verluste grösser.» Ende Jahr will Meier Bilanz ziehen.

Die Medienstelle der Stadtpolizei Winterthur bestätigt auf Anfrage, die Verwaltungspolizei habe Reto Meier auf das Marktreglement aufmerksam gemacht.

Darin sei mit Verweis auf die nationale Preisbekanntgabeverordnung (PBV) auch festgeschrieben, dass die Produkte mit Preisen zu versehen seien.

Ganz so eindeutig, wie es von der Stadtpolizei her tönt, ist die Sache aber nicht. Das ergibt eine Anfrage beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das für die PBV zuständig ist. «Kann das Angebot auch gratis angenommen werden, das heisst ohne Bezahlung eines Preises, dann ist keine Preisbekanntgabe notwendig», schreibt das Seco.

Es stellt sich also die Frage: Gäbe Reto Meier sein Gemüse gratis her, wenn ein Kunde oder eine Kundin nichts bezahlen wollte? Falls ja, verstösst er nicht gegen die PBV, wenn er keinen Preis anschreibt. Letztlich, so das Seco, könnte aber nur das zuständige Gericht entscheiden.

Patrick Gut